

# Pressemitteilung

AZ: 0263 u. 0507-00

Schwerin, 01.12.2009

## **Die Krankenhäuser als wichtigste Wirtschaftsstandorte Deutschlands benötigen staatlichen Schutz**

Die neue Regierungskoalition der Bundesrepublik Deutschland hat den Gesundheitsmarkt als den „wichtigsten Wachstums- und Beschäftigungssektor in Deutschland“ bezeichnet. Zweifellos ist im Gesundheitswesen das Krankenhaus die Leistungs- und Kompetenzzentrale. Damit steht das deutsche Krankenhaus wohl zum ersten Mal in der Geschichte als bedeutendster Dienstleister der gesamten Gesellschaft auch im Wortlaut einer offiziellen Regierungserklärung fest, unterstreicht der Geschäftsführer der KGMV, Wolfgang Gagzow, die Bedeutung der Krankenhäuser für das Leben der Bevölkerung.

Die Bundespolitik ist damit jedoch aufgefordert, diesen zentralen und für ausnahmslos jeden Bürger im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtigen Leistungsträger zu schützen und nicht etwa durch „gutgemeinte“ Gesetze zu gefährden.

Der gegenwärtig durch die Regierungskoalition geforderte Wettbewerb um Preise mündet zwangsläufig in eine Absenkung der Qualität. Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Dumpingpreisen ermöglichen weder die von der Regierung betonte Notwendigkeit der „wohnortnahen medizinischen Versorgung“ noch die ebenso geforderte „Stärkung der Attraktivität der medizinischen Berufe“, da ein Preiswettbewerb logischerweise mit Senkung der Lohnkosten einhergehen muss. Notwendig ist jedoch der weitere Ausbau des Wettbewerbs um Qualität, nicht jedoch um Preise.

Die geforderte „Abkehr von einem staatlich zentralistischen Gesundheitssystem“ darf nicht zu einem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für seine Bürger im Bereich der gesundheitlichen Versorgung führen. Beseitigt werden muss vielmehr die seit 1992 bestehende staatliche Preisbegrenzung für Krankenhäuser.

Die Krankenhäuser müssen die Möglichkeit erhalten, unvermeidliche Ausgabensteigerungen, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung, dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Eingriffen des Staates zusammensetzen, in einem gerechten Preissystem abbilden zu können. „Wir wollen dieses erreichen, ohne vermeidbare Belastungen auf Mitarbeiter und Patienten weitergeben zu müssen. Wir wollen, wie es die Bundeskoalition formuliert, alle unsere Patienten am medizinischen Fortschritt teilhaben lassen. Dafür benötigen wir eine auskömmliche und verlässliche wirtschaftliche Basis“, fasst Gagzow die Forderung der Krankenhäuser an die Bundesregierung zusammen.

**Ansprechpartner: Wolfgang Gagzow, Geschäftsführer der KGMV**